

Ressort: Politik

Seibert: Referendum zu Todesstrafe in Deutschland "politisch nicht vorstellbar"

Berlin, 05.05.2017, 12:55 Uhr

GDN - Die Bundesregierung ist gegen eine mögliche Abhaltung eines Referendums über die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei auf deutschem Boden: "Es ist politisch nicht vorstellbar, dass wir einer solchen Abstimmung in Deutschland über eine Maßnahme, die unserem Grundgesetz und europäischen Werten klar widerspricht, zustimmen würden", erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert am Freitag in Berlin. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte nach der Abstimmung über die Einführung des Präsidentsystems in seinem Land ein weiteres Referendum über die Wiedereinführung der Todesstrafe ins Gespräch gebracht.

Im Ausland lebende Türken sind bei türkischen Referenden - wie bereits beim Verfassungsreferendum im April - wahlberechtigt.

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-88958/seibert-referendum-zu-todesstrafe-in-deutschland-politisch-nicht-vorstellbar.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com